

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden.
Verleger: Carl Neumann.
Telefon Amt Lauenstein 9.
Kurs für Nachgelieferte: 20 O.T.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 25. Februar 1925 bei 100.000 Exemplaren, Zulassung drei Haus 1.50 Goldmark.
Anzeigen-Preis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Chiffregebühr 10 Pfg. Klausen, Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Merkelstraße 33-40.
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Sporthotel Altes Amtshaus und Amtshof Altonberg
in Erzgabrig
Garage für 8 Autos. Beliebte und bevorzugte Einkehrstelle für Automobileisten.
Aktion: Touristen- u. Sporthotel. Behagl. Außenhalt für Erholungsbedürftige. Wald dicht am Hotel. - Jeden Sonnabend von 7 Uhr ab **Reunion**. Erstklassige Verpflegung und komfort., bestinsgerichtete Fremdenzimmer. Telefon Amt Lauenstein 9. Besitzer: W. HECKER.

Koffer
Einfach
Waffen-23

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingstr. 13
Fernsprecher: 16282 Nähe Postplatz.
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde - Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

Die Ruhrentschädigungen vor dem Reichstag.

Das deutsch-österreichische Zusatzabkommen vom Reichstag angenommen. Stresemann für eine Wirtschaftseinheit zwischen Deutschland und Oesterreich. - Fortgang des Tschekaprozesses.

Eine stürmische Reichstags-Sitzung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Febr. Auf der Tagesordnung steht der Zusatzantrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen, durch den die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich bis zum Abschluß eines Handelsvertrags auf breiter Grundlage fester besetzt werden sollen. Abg. Dr. Sejanus (D.-N.) empfiehlt namens des Ausschusses die Annahme.

Reichsanhenminister Dr. Stresemann

erklärt, daß für die Reichsregierung sowohl wirtschaftliche als auch politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen seien. Es müsse alles getan werden, um die Beziehungen so eng zu gestalten, wie nur möglich. (Beifall.) Der vorliegende Vertrag habe nur den Charakter eines Provisoriums. Wir haben noch nicht die feste Grundlage eines Zolltariffs, um ein Defizit aus zu schaffen. Es kann sich hier nicht handeln um Geben und Nehmen, nicht darum, zu erwägen, wo der größere Vorteil liegt.

Wir würden es begrüßen, wenn überhaupt die Grenzmannern seien.

(Beifall.) Dann würden wir ein Wirtschaftsgebiet sein. Es würden enge und freundschaftliche Beziehungen mit den Deutschen in Oesterreich bestehen, und das sei wichtiger als wirtschaftliche Gesichtspunkte. Dr. Stresemann verweist dann auf Schwierigkeiten im Grenzverkehr, die vielen nicht verständlich seien. Man habe sie damit begründet, daß politisch verlässliche Elemente ferngehalten werden sollen. Diese Verträge es aber, überall durchzuführen. Die christlichen Elemente verziehen es jedoch nicht, daß zwei befreundete Völker sich beraitig voneinander abschließen. (Beifall.) Bereits Anfang nächster Woche werden in der hiesigen österreichischen Gesandtschaft Verhandlungen mit der Absicht der wechselseitigen Aufhebung des geltenden Sichtvermerksverkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich stattfinden. Auch innerhalb der politischen Bindungen wollen wir alles tun, um die Einheit der Empfindungen zwischen beiden Völkern auch gesetzgeberisch zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Abg. Dr. Ollersing (Soz.) erklärt, daß seine Freunde von jeder den Anschluss Oesterreichs gewünscht und den großdeutschen Gedanken vertreten hätten, ebenso wie die Sozialdemokraten in Oesterreich. Abg. Essler (Komm.) erklärt, seine Freunde würden gegen das Abkommen stimmen, weil es wieder auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ohne Zustimmung des Reichstages abgeschlossen sei. - Abg. Reiser, Berlin (Dem.), bedauert, daß der Anschluss Oesterreichs an Deutschland noch nicht erfolgt sei. Der wirtschaftliche Zusammenhang mit Oesterreich müsse gesucht und vertieft werden. Als das größere Wirtschaftsgebiet hätten wir die Pflicht des Gebens gegenüber dem kleineren. Bei allen Handelsverträgen zu verhandeln, um die mittleren und kleineren. Mit Benutzung sei zu begrüßen, daß mit dem Vertrag der Anfang zu einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit Oesterreich gemacht worden sei.

Der Vertrag wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten endgültig angenommen, ebenso die Vorlage über Verlängerung des vorläufigen Handelsabkommens mit Portugal.

Anträge aller Parteien zu den Kriegsschadensfragen und zur Entschädigung der verdrängten Grenz- und Auslandsdeutschen werden einem neugebildeten Ausschuss für Kriegsschäden überwiesen. Auf der Tagesordnung steht dann die Beratung der

Denkschrift über die Reparationslasten und Schäden der Privatwirtschaft des Ruhr- und Rheinlandes und ihre Erhaltung durch das Reich.

Verbunden damit werden kommunistische und sozialdemokratische Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungs-ausschusses zur Prüfung der Kredite an Ruhrindustrie.

Reichsfinanzminister v. Schlieffen

stellt fest, daß bei den Ruhrentschädigungen eine Etaterückhaltung vorliegt und erbittet dafür Indemnität. Er erklärt weiter, daß die Reichsregierung mit der Vorlage dieser Denkschrift und der Stellung dieses Antrages die Aufgabe einlebe, die sie im Haushaltsauschuss gegeben habe. Der Minister stellt weiter fest, daß zur Abgeltung der Schäden während des Ruhrkampfes und nach dem Ruhrkampf namhafte Zahlungen bereits geleistet seien und in gewissem Umfang noch bevorstünden.

Es scheint nach der Veröffentlichung der Denkschrift hier und da Eindruck entstanden zu sein, als ob die Reichsregierung mit dem Reichstag in einen politischen Kampf über die Tragweite gewisser Bestimmungen eintreten wolle. Der Finanzminister stellt ausdrücklich fest, daß das nicht der Fall ist und daß der politische Wille der Reichsregierung hier

in dem Antrage auf Indemnität darstelle. (Hört, hört!) Der Minister schließt mit der Erklärung, daß er sich auf diese Worte beschränke, da die Angelegenheit ja noch im Ausschuss eingehend erörtert werden würde. (Lärm links: Ist das alles?)

Abg. Dr. Herz (Soz.): Der Ruhrkampf habe Millionen von Existenzen vernichtet, während die Großindustrie Gewinne eingekassiert habe. Dazu kamen nun diese ungeheuren Entschädigungen. Der Weltkrieg habe die Kapitalmacht einiger Konzerne gewaltig anwachsen lassen. (Lärm rechts: Harmal!) Wenn Harmal seine Geschäfte im Ruhrgebiet gemacht hätte, wäre er wahrscheinlich heute der Nationalheld der Nation! (Lachen rechts.) Im Ruhrgebiet hätten Rot und Elend geherrscht, aber einige wenige hätten diese Not der Massen zu ihrem Vorteil ausgenutzt.

Es sei auffällig, daß ein Brief des Deutschen Bergarbeiterverbandes vom 17. Oktober, der sachliche Aufklärung verlangte, erst nach drei Monaten, am 17. Januar, beantwortet sei. Die Denkschrift gebe keine Antwort auf die gestellte Frage. Die Haltung der sozialdemokratischen Minister sei durchaus einwandfrei gewesen. Sie seien verantwortlich zu machen, wäre eine Vergewaltigung der Wahrheit. (Lärm links: Dr. Stresemann unterbricht: Das Kabinett hat am 20. Oktober einstimmig seinen Beschluß gefaßt mit Einverständnis Ihrer Partei - - - Hört, hört rechts!) Warum fehle dieser Beschluß in der Denkschrift und warum schreibe Stresemann am 21. Oktober an Stresemann nur von der Anrechnung gewisser Steuern und Einkünfte aller anderen Zahlungen an das Ruhrgebiet? Am 1. November habe Stresemann nochmals erklärt, daß keine Zahlungen vor der endgültigen Regelung der Reichsfinanzen geleistet würden. Die Regierung habe ihre Beschlüsse weit überschritten.

Inzwischen ist ein Antrag der Regierungsparteien eingegangen, der die Restkassa fordert, ob irgendwelche Beiträge geleistet worden sind, und ob eine Rückkassa in Frage komme.

Abg. Dr. Gremer (Sp.) gibt namens der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei, sowie des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab, in der er darauf hinweist, daß von den früheren Regierungen gewisse rechtliche Verbindliche Zusagen gemacht worden sind, um die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens im besetzten Gebiet zu ermöglichen. Ohne diese Zusagen wäre der wirtschaftliche Zusammenbruch des gesamten besetzten Gebietes mit Bestimmtheit zu erwarten gewesen. Die Arbeitslosigkeit, verbunden mit dem militärischen Druck, brachte die Gefahr einer gewaltigen Abirrenung dieses Gebietes. In voller Würdigung dieser damaligen Lage haben die folgenden Reichsregierungen die gemachten Zusagen aufrechterhalten und materielle Mittel zur Verfügung gestellt. Die Reichsregierung ist nicht den verfassungsmäßigen Wünschen der Forderung der Mittel gegangen, will aber nachträglich die Indemnität erbitten. Die hinter dieser Erklärung stehenden Fraktionen betrachten die Forderung der Indemnität als durch die Reichsverfassung geboten. Sie behalten sich eine genaue Nachprüfung dieser Dinge im Haushaltsauschuss des Reichstages vor, auch eine Prüfung, inwieweit ein billiger Ausgleich noch erforderlich ist, besonders auch mit Rücksicht auf die kleineren und mittleren Existenzen. Die Arbeiten des Haushaltsauschusses dürfen nicht gehemmt werden durch die Tätigkeit eines besonderen Untersuchungsausschusses. Mit diesem Vorbehalt sind wir mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses einverstanden. Der Redner beantragt, die Denkschrift mit dem Indemnitätsantrag dem Haushaltsauschuss zu überweisen. (Beifall.)

Reichstanzler Dr. Luthar

erklärt sodann: Aus der Denkschrift ergibt sich, daß es sich bei den 700 Millionen Mark um die Gesamtbeträge handelt, die an Entschädigungen im besetzten Gebiet gezahlt worden sind. Die Zahl dieser Entschädigten umfaßt 4000. (Hört, hört! rechts.) Es handelt sich einfach um den Betrag der durch Gewalt den Bewohnern der besetzten Gebiete weggenommenen Leistungen. (Widerspruch links.) Das Reich mußte, sobald es dazu imstande war, diese Leistungen erkaufen. Auch Dr. Herz hat mit Bestimmtheit ausgesprochen, daß Rhein und Ruhr nicht Reparationsprovinzen werden dürfen.

Die Denkschrift ist eine außenpolitische Angelegenheit, die vom Reich mit allem Nachdruck verfolgt wird. Der springende Punkt war doch, die Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiete zu verhüten und das Wirtschaftsleben in Gang zu halten. (Lärmender Widerspruch links.) Dr. Luthar bekräftigt, daß es zu der Indemnitätsvorlage der Regierung erst eines Anstoßes von außen bedurft hätte. Schon in der ersten Sitzung des Haushaltsauschusses hat der Reichsfinanzminister als erster Redner dem Ausschuss Auskunft gegeben.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Noch einmal die Lage der Landwirtschaft.

Von Dr. v. Winterfeld, Hauptwirtschaftsdirektor, M. d. L.
Wette Kreise in Deutschland wollen immer noch nicht daran glauben, daß die Landwirtschaft sich in einer ungeheuren Notlage befindet. Sie weisen auf die stark gestiegenen Getreidepreise hin und bekämpfen mit diesem Hinweis die Einführung von Schutzzöllen. Demgegenüber muß betont werden, daß einmal der größte Teil der Landwirte nicht mehr im Besitze von Weizen ist, sondern dieses unter dem starken Steuerdruck, als es noch billig war, hat abstoßen müssen. Das Getreide befindet sich jetzt in zweiter Hand. Zum anderen aber ist unsere Ernte in diesem Jahre in weiten Teilen Preußens außerordentlich schlecht gewesen. Wir haben nicht nur im vorigen Winter starke Auswinterungsschäden erlitten, sondern die Ernte hat dann auch im Sommer wegen der andauernden Regengüsse und teils folgendem Hochwasser schlecht oder auch gar nicht eingebracht werden können. Sowohl vom Getreide wie von Preußen sind eingehende Erhebungen darüber angeheißt worden, wo überall in Preußen in der Landwirtschaft infolge der besprochenen Witterungsschäden ein besonderer Notstand besteht, dem das Reich durch Steuererlässe und -erlasse, Preußen auch durch Gewährung von Saatgutkrediten, entgegenzutreten will. Dabei hat sich herausgestellt, daß nicht nur das Rheinland und Westfalen Notstandsgebiete sind, sondern auch Ostpreußen, Oberschlesien, Teile von Niederschlesien, von Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau, der Grenzmark und von Brandenburg. In diesen Gebieten sind die Rohrerträge um 40 bis 90 Prozent geringer als in Normaljahren. So dankenswert die Maßnahmen von Reich und Staat sind, so unzureichend sind sie natürlich.

Auch in den Gebieten Deutschlands, die nicht zu den besprochenen Notstandsgebieten gehören, befindet sich die Landwirtschaft nach wie vor in einer Notlage. Die Steuern und Zölle sind nicht tragbar, und wenn hier nicht bald entschlossen eingegriffen wird, so wird der Übergang zur extensiven Wirtschaft für viele Betriebe auf leichtem Boden nicht mehr lange aufschiebbar sein. Er ist bisher nur durch starke Inanspruchnahme von Krediten vermieden worden. So sind in der Provinz Ostpreußen allein von der dortigen Landwirtschaft in dem letzten Halbjahr 30 Millionen Mark zehnpromzentige Goldpfandbriefe ausgeben worden. Da die Pfandbriefe unter pari stehen, ist die Belastung der Landwirtschaft, wenn die Beleihungen so fortschreiten, unerträglich. Nach einer sorgfältig aufgestellten Berechnung hat auf 38 in der Provinz Brandenburg gelegenen Gütern, die durchweg gut bewirtschaftet werden und verschiedene Bodenarten haben, die Verschuldung, in Goldmark umgerechnet, vom 1. Juli 1923 bis zum 1. Juli 1924 um 31,75 Mk. für den Hektar zugenommen. Hierbei sind Real- und Personalschulden berücksichtigt. Daß die meisten Landwirte auch wechselmäßig stark verschuldet sind, ist eine leider nicht abzuleugnende Tatsache. Dabei paßt der Wechselkredit für den Landwirt nicht nur wegen der hohen Zinsen, sondern auch deshalb nicht, weil er keine Ware in der Hauptsache nur einmal im Jahre umsetzt und daher langfristigen Kredit benötigt. Wenn die Landwirtschaft sich jetzt gegen eine höhere Aufwertung der Hypothekenschulden, als sie die Dritte Steuernotverordnung vorsieht, wendet, so geschieht dies nicht, weil die Landwirtschaft mit den kleinen notleidenden Rentnern nicht fühlt oder eine weitere Aufwertung nicht für wünschenswert hält, sondern weil sie glaubt, daß eine einseitige, härtere Aufwertung der Hypotheken ohne gleichzeitige Aufwertung der Kriegs-, Staats- und Kommunalanleihen, in denen die Landwirte meist ihr verlorrengegangenes Betriebskapital angelegt hatten und bei Fortbestehen der sonstigen ungünstigen Verhältnisse zum Untergang der deutschen Land- und damit Volkswirtschaft führen würde.

Es muß wiederholt werden, daß die deutsche Landwirtschaft von ihrer Substanz lebt, und daß das so nicht lange fortgehen darf. Dabei muß es jedem klar sein, daß die Passivität unserer Handelsbilanz erschreckend ist. Intensivierung unserer Wirtschaft, Vermehrung unserer Produktion, Verminderung der Einfuhr von Lebensmitteln und Verhinderung der Luxuseinfuhr von Obst und Gemüse sind die Forderungen. Die Landwirtschaft will nicht schulpflos gelassen werden, und wenn sie den Zoll erträgt, damit kein Sonderrecht haben, sondern nur der Industrie gleichgestellt werden; sie will nicht große Reichtümer ernten, aber die Preise ihrer Produkte müssen so bemessen sein, daß die Lohnen gedeckt werden und ein bescheidener Unternehmergewinn bleibt. Ihr liegt nichts an vorübergehend besonders hohen Preisen, sondern sie will gleichmäßige, ausreichende Preise haben. Daß ein Schutzzoll für Getreide nötig ist, ergibt sich trotz der augenblicklich hohen Getreidepreise, über die ich schon gesprochen habe, aus der Tatsache, daß andere Länder mit besserem Boden und besserem Klima billiger als Deutschland Getreide erzeugen können, und daß Deutschland auf die Dauer nur unter einem Schutzzoll konkurrenzfähig bleibt. Auch für andere Agrarprodukte ist ein Schutzzoll notwendig, so zum Beispiel für Rindvieh und Pferde, die heute in Deutschland sehr niedrig im Preise stehen.